

Stadt.

C Land.





Bela Bach MdB

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ich freue mich sehr über meine Aufstellung als Bundestagskandidatin. Damit steht fest, dass ich wieder für den Bundestag kandidieren darf. Das erste Mal digital, das erste Mal ohne Spezi und Bier danach – aber das kommt wieder! Jetzt heißt es:

Wahlkampf machen für eine starke Sozialdemokratie und Olaf Scholz als Bundeskanzler!

Danke Florian Schardt, Ramona Greiner, Christine Himmelberg, Sabine Schmierl und dem gesamten Organisationsteam für die exzellente Vorbereitung und Durchführung dieser Versammlung. Allen Delegierten, die mir ihr Vertrauen ausgesprochen haben, danke ich für die Unterstützung! Jetzt wünsche ich erstmal viel Spass bei der Lektüre meines Newsletters.



SPD

Ich bin wieder Eure Bundestags-kandidatin

Meine Freude ist groß – danke für die gelungene digitale Aufstellungs- versammlung

In was für ungewöhnlichen, anderen Zeiten wir leben, war bei meiner dritten Aufstellungsversammlung, deutlich zu spüren:

Wir erlebten die digitale Premiere. Und dass sie so gelungen ist, verdanken die Partei und ich einem hervorragenden Vorstandsteam unter der Leitung von Florian Schardt und Geschäftsführerin Angelika Stöger. 36 Stunden später hatten alle Delegierten schon ihre Wahlunterlagen per Post erhalten. Bei so einem reibungslosen Start blicke ich optimistisch auf den 26. September, den Tag der Bundestagswahl. Denn reibungslos läuft es auch in Berlin mit unserer Parteiführung und unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz.



Aufstellungsversammlung

Fortsetzung von Seite 2

Ich habe in meiner Rede betont, wie wichtig die SPD gerade in Pandemiezeiten für die Gesellschaft ist: Dank SPD-Bundessozialminister Hubertus Heil werden jetzt für Kinder aus ärmeren Familien die Laptop-Kosten übernommen. Ich habe mit meiner LäpCollect-Aktion erfahren, welche Defizite hier noch herrschen. Da haben sich viele Eltern gemeldet, die sich kein zweites oder drittes Gerät für das Homeschooling der Kinder leisten können, das sie aber dringend bräuchten. Die SPD sorgt nicht nur für den sozialen Ausgleich, sondern ist gerade auf Bundesebene in der schwierigen Zeit der Pandemie die treibende Kraft in der Politik: Die SPD hat unter anderem das Kurzarbeitergeld verlängert, mit dem viele Arbeitsplätze erhalten bleiben konnten und das Lieferkettengesetz durchgesetzt, durch das für die Einhaltung von Menschenrechten in der Wirtschaft gesorgt wird.

Weiter auf Seite 4





Digitale Aufstellungsversammlung

Fortsetzung von Seite 3



olo BWK 221 Wahlkreiskonferenz...

Aber selbst wenn die SPD viel Kraft investiert und den treibenden Motor darstellt, kommt unsere Politik oft nicht zum erwünschten Ziel.

Die Energie- und Verkehrswende und Umsetzung der Digitalisierung halte ich für DIE Zukunftsthemen in Deutschland. Ich bin stolz auf das, was wir schon erreicht haben als SPD: Erstmals wurde mehr in den Ausbau der Schiene als in den Straßenbau investiert. Aber es gibt noch mehr zu tun.

Dafür brauchen wir die SPD als stärkste Partei und Olaf Scholz als Bundeskanzler. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass uns das auch am 26. September gelingt. Ich danke Euch für Euer Votum und freue mich auf den Wahlkampf mit Euch.

Schaut euch gern die Presseberichterstattung zu meiner Aufstellungsversammlung an:



Münchner Merkur, 19. Februar 2021



Sueddeutsche Zeitung, 18. Februar 2021

Termin

03.03.2021, 19:30 Uhr

Wirtschaftshilfen-

Wie, wann
und an wen
wird ausgezahlt?

Online-Live-Diskussion



Anmeldung unter:

bela.bach.wk@bundestag.de





Zoom Link für die Veranstaltung am 03.03., 19:30 Uhr







Fraktion vor Ort

mit meinem Kollegen Mathias Stein MdB



Weg vom Auto, hin zu sozialer Teilhabe an Mobilität:

Nicht in die Berge, sondern in den hohen Norden der Republik führte mich mein Gespräch mit meinem Kieler Kollegen Mathias Stein MdB - natürlich nur virtuell. Auf seine Einladung hin sprachen wir in einer Online-Veranstaltung über die Zukunft des Verkehrs in Deutschland. Als Mitglieder des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags setzen wir uns beide für die solidarische Verkehrswende ein. Wir sind überzeugt: Mit Mut und Entschlossenheit kann es uns gelingen, unsere Städte lebenswerter zu machen, mehr Menschen selbstbestimmte Mobilität zu ermöglichen und das Klima zu schützen. Wir brauchen eine sozial-ökologische Verkehrswende.

Weiter auf Seite 7

mit meinem Kollegen Mathias Stein MdB

Fortsetzung von Seite 6

Uns ist bewusst, dass Menschen mit geringer Kaufkraft in unserer automobilen Gesellschaft vielfach von Mobilität ausgeschlossen sind. Das gilt es zu ändern, denn Mobilität ist soziale Teilhabe. Wir müssen bei unseren politischen Entscheidungen an die Familien denken, die nicht viel Geld haben, aber mit dem Bus in die Stadt fahren wollen. Wir müssen an die Kinder denken, die ihre Schule sicher mit dem Rad erreichen wollen, um so eigenständige Mobilität zu erleben. Nicht zuletzt müssen wir mehr Menschen den Umstieg vom Auto auf umwelt freundliche Alternativen ermöglichen.



Zukunft der Polizeiinspektion

PI 46 in Planegg

Wichtige städtebauliche Entscheidung für meine Heimatgemeinde – Mein Brief an Innenminister Joachim Herrmann



Als Wahlkreisabgeordnete und Mitglied des Gemeinderates meiner Heimatgemeinde Planegg habe ich mich vergangene Woche an den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann gewandt. Denn die Zukunft der Polizeiinspektion in Planegg hat auch eine städtebauliche Bedeutung für die Zukunft und Entwicklung des Familienzentrums.

Die Polizeiinspektion PI 46 befindet sich in einem 60 Jahre alten gemeindeeigenen Gebäude in der Josef-von-Hirsch-Str. 1 in Planegg. Das Gebäude ist sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Polizeiinspektion. Ein Neubau ist daher unausweichlich.

Zukunft der Polizeitnspektion PI 46 in Planegg: Mein Brief an Innenminister Joachim Herrmann

Polizei

Fortsetzung von Seite 8

Dem Gemeinderat wurde durch Herrn Bürgermeister Hermann
Nafziger mitgeteilt, die Leitung der PI 46 präferiere das derzeitige
Grundstück. Dies würde den Verkauf oder die langfristige
Vermietung der gemeindeeigenen Fläche an den Freistaat bedeuten.
Andernfalls, so hieß es, werde ein Umzug in einen anderen in die
Zuständigkeit der PI 46 fallenden Ortes erwogen.

Für die Gemeinde Planegg würden sich durch einen Verkauf schwerwiegende städtebauliche Probleme ergeben. Denn das Polizeigebäude befindet sich derzeit in einem Gelände mit Grundschule, Musikschule und Familienzentrum (Kindergarten, Kinderhaus mit Kindergarten und Krippe sowie Hort). Diese Einrichtungen und die gegenüberliegende Bücherei bilden ein Zentrum für die Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder in Planegg und unterstreichen die Familienfreundlichkeit der Gemeinde.

Daher wandte ich mich an Herrmann mit der Frage, ob das Innenministerium nicht doch bereit wäre, andere in Betracht kommende Flächen und Gebäude zur Miete oder zum Kauf als Alternativen in Betracht zu ziehen. Beispielsweise besteht eine Fläche an der Germeringer Straße/Pasinger Straße gegenüber der Feuerwehr.

Im Sinne einer vorausschauenden Planung muss bedacht werden, dass diese Einrichtungen im süd-westlichen Landkreis München gerade deshalb von großer Bedeutung sind, weil die **Region von einem starken Zuzug junger Familien geprägt ist**. Kinder benötigen in Ballungsräumen Freiflächen. Die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder spielt mit der wachsenden Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine herausragende Rolle.

Zukunft der Polizeiinspektion PI 46 in Planegg: Mein Brief an Innenminister Joachim Herrmann

Fortsetzung von Seite 9

Die Gemeinde Planegg verfügt außerdem kaum mehr über gemeindeeigene Flächen. Die genannte Fläche hingegen würde nahtlos an den derzeitigen Bestand des Familienzentrums anknüpfen und würde durch die günstige Lage den innerörtlichen Verkehr so gering wie möglich halten.

Durch den Verzicht auf den bisherigen Standort für die Polizeiinspektion PI 46 besteht für die Gemeinde die Chance, auf Bedarfe im
Bereich der Kinderbetreuung zu reagieren und das Konzept eines
Familienzentrums zu vervollständigen. Ich habe Innenminister
Joachim Herrmann daher eindringlich gebeten, im Interesse der
Kinder und Familien den derzeitigen Standort nicht weiter zu
verfolgen und gleichzeitig offen für eine Situierung am Bahnhof zu
sein.





Bericht aus Berlin

Organisierte Kriminalität - Koalition greift gegen Geldwäsche durch

Das Lieferkettengesetz kommt – Hartnäckigkeit von Hubertus Heil zahlt sich aus

Koalition greift gegen Geldwäsche durch

Mit der Ausweitung des Geldwäsche-Straftatbestands wird es der organisierten Kriminalität erschwert, Nutzen aus ihrem gewaschenen Vermögen zu ziehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich gegen Geldwäsche ein:
Der Bundestag hat eine Ausweitung des Geldwäsche-Straftatbestands beschlossen. Durch eine Erweiterung des Tatbestands und eine umfassende Möglichkeit, kriminelles Vermögen abzuschöpfen, werden die Voraussetzungen für die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche verbessert.

Aus dem Jahresbericht der Anti-Geldwäsche-Einheit des Bundes für 2019 geht hervor, dass die Zahl der Verdachtsfälle von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Deutschland stark gestiegen ist. Der SPD-Fraktion zufolge ist ein härteres und effektiveres Vorgehen notwendig, da das "gewaschene" Geld häufig zur Ermöglichung neuer Straftaten führt.

Bislang war Geldwäsche nur bei bestimmten festgelegten Vortaten strafbar. Künftig ist Geldwäsche strafbar, unabhängig davon, aus welcher Straftat die Gelder stammen. Die entstanden Strafbarkeitslücken werden mit dem Gesetz geschlossen und die Strafverfolgung wird deutlich effektiver.



Koalition greift gegen Geldwasche durch

Fortsetzung von Seite 11

"Wir müssen effektiver gegen organisierte Kriminalität vorgehen und weiten deshalb denn Straftatbestand der Geldwäsche aus", sagt der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Fechner. Ziel sei es zu verhindern, dass illegale Gelder aus Straftaten in den legalen Wirtschaftskreislauf eingeführt werden und Straftäter so von ihren Straftaten auf Dauer profitieren können.

Bereits in der letzten Wahlperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion eine grundlegende Erweiterung der Vermögensabschöpfung durchgesetzt. Daran halten die Abgeordneten fest und stellen somit weiterhin sicher, dass Kriminelle keinen Nutzen aus Ihrem gewaschenen Vermögen ziehen können. Auch künftig können Mieten aus einem mit "gewaschenen" Erlösen aus kriminellen Handlungen erworbenen Wohnhaus eingezogen werden.

"Kriminalität darf sich nicht auszahlen. Mit diesem Gesetz setzen wir genau dort an", sagt Fechner.



SPD

Hartnäckigkeit von SPD und Hubertus Heil zahlt sich aus

Deutschland bekommt das wirkungsvollste Gesetz zum Schutz der Menschenrechte in der Europäischen Union.

Die Hartnäckigkeit der SPD und von Bundessozialminister Hubertus Heil zahlt sich aus. Nun kann endlich die gesamte Lieferkette der Unternehmen überprüft werden. Unternehmen haben jetzt eine Verantwortung, was die Einhaltung von Menschenrechten betrifft. Ferner werden dadurch Sklavenarbeit und Umweltzerstörung wirkungsvoll bekämpft. Nach der Einführung des Mindestlohns ist dieses Gesetz nun ein weiterer Meilenstein, den die SPD erreicht hat

